

Generalsekretariat VBS
Sicherheitspolitik
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Bern, 26. Mai 2010

Anhörung zum Bericht des Bundesrats über die Sicherheitspolitik der Schweiz

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Einladung, uns zum Bericht über die Sicherheitspolitik zu äussern. Wir möchten uns dazu nur summarisch äussern, weil wir zum Thema im engeren Sinn des Begriffs aus verschiedenen Gründen seit einiger Zeit kaum noch Stellung genommen haben. Deshalb verzichten wir auch auf die Teilnahme an einer Ihrer Veranstaltungen zur mündlichen Anhörung. Wir erachten übrigens diese auch zu andern Fragen vermehrt angewandte konferenzielle Methode der Vernehmlassung als eher wenig effizient.

Sicherheit ist mehr als nur militärische Sicherheit

Wir begrüssen es, dass der Bericht die Sicherheitsfrage breiter thematisiert, als einfach militärisch. Er verweist mehrmals auf Bedrohungen nicht machtpolitischer Art, verweist auch auf den Schutz der bedrohten Lebensgrundlagen, auf Klimawandel, Gesundheit, Naturkatastrophen, Ressourcenknappheit etc. Dennoch beherrschen in der Kontinuität früherer Sicherheits-, bzw. Militär- oder Armeekonzeptionen, gewalttätige, kriegerische, terroristische oder kriminelle Bedrohungen den Bericht.

Wir betonen aber, dass die Schweiz, im kriegerisch nicht bedrohten Europa nach dem Ende des Kalten Kriegs konsequent andere Sicherheiten weit höher gewichten muss, als die militärische. Die wirtschaftspolitischen Kapitel im Bericht begrüssen wir zwar, sie reichen aber nicht. Wir denken da in erster Linie an die soziale Sicherheit, die kaum erwähnt ist, insbesondere nicht innenpolitisch. Hier geht es in viel direkterer Art um die Sicherheit menschlicher Lebensgrundlagen. Die wachsende Armut bedroht die Menschen, ihren sozialen Zusammenhalt, die innere Sicherheit und die Demokratie in unserem Land und international viel mehr als militärische Bedrohungen. Letztere sind aber in aller Regel die Folge sozialen Elends und zunehmender Disparitäten. Zur grundlegenden Konfliktvermeidung müssen deshalb in Zukunft der sozialen Sicherheit im Vergleich mit der militärischen deutlich mehr Mittel zur Verfügung stehen. Hier und bei den öffentlichen Versorgungen müssen die Prioritäten gesetzt werden. Diese Politik dient dem sozialen Frieden, der Würde der Menschen und der Wohlfahrt. Sie ist

gerade auch auf dem Hintergrund der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise von wirtschafts- und staatspolitisch weit grösserer Bedeutung als die militärische Sicherheit.

Schutz umfassend und präventiv verstehen

Im Sinne des oben angesprochenen breiten Sicherheitsbegriffs begrüssen wir natürlich, dass der Bericht dem Schutz der Infrastrukturen grosse Bedeutung zumisst, verweisen aber auch hier auf nicht militärische Gefährdungen mit forcierten Liberalisierungen und Privatisierungen.

Wir begrüssen, dass der Bericht der Friedensförderung und Konfliktbeilegung viel Bedeutung beimisst. Die Distanz zu militärischen Bündnissen ist deshalb wichtig. Umgekehrt muss die Schweiz ihre Mitgliedschaft bei der UNO oder der OSZE vermehrt nutzen. Wir teilen die Ansicht nicht, dass letztere auf Dauer an Bedeutung verloren hat. Gerade für die friedenspolitisch wichtige Demokratieförderung hat sie grosse Aufgaben, die in Osteuropa nicht hoch genug gewichtet werden können. Dazu gehört auch der Aufbau sozialpartnerschaftlicher Strukturen, wozu die Schweiz über Projekte der DEZA (Osthilfekredite etc.) noch deutlich mehr Mittel zu Verfügung stellen sollte.

Der Bericht erwähnt richtigerweise die Friedensförderung über die klassische Diplomatie, die Menschenrechte, das humanitäre Völkerrecht, die Entwicklungs- und die Abrüstungspolitik. Die Schweiz muss hier zur Konflikt-Prävention die sicherheitspolitische Priorität setzen. Sie kann in diesen Feldern noch viel mehr bewirken. Wir erwarten deshalb, dass sie systematisch auf die entwicklungspolitischen Milleniumsziele der UNO hin arbeitet und sie raschmöglichst erfüllt.

Innere Sicherheit ist keine Armeeaufgabe

Der Bericht äussert sich u. E. zu unbestimmt zu den subsidiären Sicherungseinsätzen. Wir sind der Meinung, dass die innere Sicherheit in erster Linie Aufgabe der kantonalen Polizeikorps ist, allenfalls ergänzt durch die im Bericht ebenfalls erwähnten Funktionen des Grenzwachtkorps. Die Armee soll für innere Ordnungseinsätze nicht eingesetzt werden. Sie ist dafür nicht ausgebildet und soll es auch nicht werden. In der Schweizer Geschichte gibt es allzu viele katastrophale Armeeeinsätze gegen demonstrierende oder streikende Arbeiterinnen und Arbeiter, die sich nie mehr wiederholen dürfen. Der Bericht thematisiert den entsprechenden Verfassungsauftrag vage. Wir fordern dazu, dass solche Einsätze in Zukunft ausgeschlossen werden. Wir begrüssen deshalb, dass die Botschaftsbewachungen in jüngster Zeit sukzessive wieder den Polizeikräften bzw. der professionellen Militärpolizei übertragen werden.

Wie eingangs erwähnt, bleibt unsere Stellungnahme summarisch. Wir bitten Sie dennoch, unsere grundsätzlichen Vorschläge und Hinweise bei Ihren weiteren Arbeiten zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Paul Rechsteiner
Präsident



Rolf Zimmermann
Geschäftsführender Sekretär